

EINE STARKE
PARTEI **DIE LINKE**
IST MÖGLICH UND
WIRD GEBRAUCHT!

ZEHN HERAUSFORDERUNGEN FÜR
EINEN SOLIDARISCHEN AUFBRUCH

Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE»
der Rosa-Luxemburg-Stiftung

EINE STARKE
PARTEI **DIE LINKE**
IST MÖGLICH UND
WIRD GEBRAUCHT!

**ZEHN HERAUSFORDERUNGEN FÜR
EINEN SOLIDARISCHEN AUFBRUCH**

Mitglieder der Arbeitsgruppe: Dagmar Enkelmann, Heinz Bierbaum, Michael Brie, Mario Candeias, Richard Detje, Sophie Dieckmann, Heinz Hillebrand, Moritz Warnke

Wir danken Lia Becker, Joachim Bischoff, Janis Ehling, Thomas Goes, Cornelia Hildebrandt, Horst Kahrs, Bernhard Müller, Rhonda Koch, Hendrik Sander, Gerd Siebecke, Harald Wolf und anderen für Hinweise und Anregungen.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüsslein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISBN 978-3-948250-52-2 · Redaktionsschluss: Mai 2022

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

- 5** Einleitung
- 6** Erste Herausforderung: Strategisch orientierte Führung herstellen
- 7** Zweite Herausforderung: Auf den Markenkern besinnen – moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei
- 9** Dritte Herausforderung: Sich als Partei des sozial-ökologischen Systemwechsels und als Friedenspartei positionieren
- 13** Vierte Herausforderung: Gebrauchswert beweisen – durch die praktische Verbindung von Schutz, Gestaltung und Umbruch
- 16** Fünfte Herausforderung: Einsatz für ein klassenverbindendes Mitte-unten-Bündnis
- 20** Sechste Herausforderung: Ausbau gesellschaftspolitischer Kooperation
- 22** Siebte Herausforderung: Entwicklung von Einstiegsprojekten und Auflösung programmatischer Defizite
- 25** Achte Herausforderung: Eine lebendige Mitgliederpartei gestalten
- 29** Neunte Herausforderung: Die Parteifunktionen in ihrer Gesamtheit offensiv wahrnehmen
- 31** Zehnte Herausforderung: Ein neues Verständnis von Sozialismus entwickeln
- 33** Literatur
- 36** Anlage: Hegemonieprojekte im Feld der sozial-ökologischen Transformation*

EINLEITUNG

Die Lage der Partei DIE LINKE ist durch einen schreienden Widerspruch geprägt: Sie verfügt über ein starkes Potenzial und ist doch schwach. Das Potenzial der Partei DIE LINKE liegt bei knapp einem Fünftel der Wahlbevölkerung. Sie hat in den letzten zehn Jahren 30.000 neue, vornehmlich junge Mitglieder gewonnen. Ihre sozialen Forderungen wie die, den Pflegenotstand zu beenden und Krankenhäuser gemeinnützig auszurichten, die Mieten bezahlbar zu machen, eine Mindestrente von 1.200 Euro einzuführen und den öffentlichen Nah- und Fernverkehr im Rahmen neuer Mobilitätskonzepte zu fördern, werden breit unterstützt. Die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus ist für mehr als ein Drittel der Bevölkerung wichtig. Trotzdem haben sich viele, die DIE LINKE in der Vergangenheit gewählt haben, von ihr abgewandt. DIE LINKE ist in wesentlichen Teilen der Gesellschaft kaum oder nicht präsent. In den zentralen Fragen der letzten Jahre (Migration, Klima, Corona) war DIE LINKE vielstimmig, uneindeutig und damit uninteressant für die Bürger*innen. Die Verluste bei Wahlen betreffen alle linken Wählergruppen. Je länger dies so ist, umso wahrscheinlicher wird ihr völliger Niedergang. Der Widerspruch zwischen dem vorhandenen Potenzial für eine linke sozialistische Partei und der realen Kraft der Partei DIE LINKE stellt ihre Existenz infrage.

Im Weiteren werden zehn Herausforderungen skizziert, denen sich DIE LINKE bei ihrem Erneuerungsprozess stellen muss, will sie die Kluft zwischen dem realen Potenzial einer linkssozialistischen Kraft in Deutschland und der Umsetzung dieses Potenzials in Gestaltungsmacht schließen.

ERSTE HERAUSFORDERUNG: STRATEGISCH ORIENTIERTE FÜHRUNG HERSTELLEN

Der Partei DIE LINKE fehlt seit Jahren ein strategisches Zentrum. Oft schien es so, als ob Bundespartei und Fraktion im Bundestag völlig unterschiedliche Parteien vertreten würden. Dabei kam es zu dem paradoxen Phänomen, dass einerseits dauerhaft öffentlich gestritten wird, dabei aber Richtungsentscheidungen nicht getroffen werden. Zugleich kam die selbstzerstörerische Tendenz Einzelner zur Geltung, Parteibeschlüsse bereits am selben Tag, an dem sie getroffen wurden, für irrelevant zu erklären und die Grenzen solidarischer öffentlicher Kritik massiv zu verletzen.

DIE LINKE wird von drei Teilprojekten geprägt: a) einem linkssozialdemokratischen Projekt (vor allem im Westen), mit einem auf die soziale Frage fokussierten linkspopulistischen Flügel sowie mit einer pragmatischen, linksgewerkschaftlichen Strömung um die alte WASG; b) einer Bewegungslinken als Bezugspunkt für die jüngeren und aktivistischeren Teile der Partei, die einen überwiegenden Teil der neu eingetretenen Mitglieder an sich bindet, mit einem radikal-oppositionellen Flügel sowie einem pragmatisch linksradikalen Flügel, der sich für eine verbindende Klassenpolitik wie auch für ein rebellisches Regieren einsetzt; c) einem Reformlerlager (vor allem im Osten) mit drei Flügeln: einem sozialdefensiven Flügel, einem offen sozialliberalen Flügel sowie einer pragmatischen Regierungslinken. Alle drei Teilprojekte stehen bisher aber zu unverbunden neben- und teilweise gegeneinander. In allen drei Teilprojekten lassen sich auf praktische Politik orientierte, pragmatische Gruppen identifizieren. Diese können für den Prozess der Stabilisierung und Neuaufstellung der Partei in einer Art neuen Partnerschaft einen wesentlichen Beitrag liefern (dies bedeutet allerdings auch, alte blockierende Bündniskonstellationen zu überwinden).

Der Aufbau eines strategischen Führungszentrums, basierend auf der Einheit von Bundespartei und Bundestagsfraktion, ist die nächste und dringlichste Aufgabe, deren erfolgreiche Bewältigung die Ausgangsbedingung dafür ist, um alle weiteren Herausforderungen anzugehen. Dies muss 2022 gelingen, wenn DIE LINKE noch eine Zukunft haben soll.

ZWEITE HERAUSFORDERUNG: AUF DEN MARKENKERN BESINNEN – MODERNE SOZIALIS- TISCHE GERECHTIGKEITSPARTEI

Es gibt eine Trias von Forderung nach Gerechtigkeit, Schutz der natürlichen Lebensbedingungen und grundlegender Umgestaltung der Gesellschaft. Gerechtigkeit ist ein moderner, nach vorn weisender Wert. Er vereint Freiheit, Gleichheit und Solidarität, besteht auf der gleichen Würde jedes Menschen. 96 Prozent der Bürger*innen sind der Auffassung, dass der Wohlstand in Deutschland nicht gerecht verteilt ist, 80 Prozent machen sich große Sorgen, dass der Klimawandel die Lebensgrundlagen zerstört, und 72 Prozent wünschen sich einen grundlegenden Wandel (auf Basis von Infratest dimap Hoff 2022a: 51; Hoff 2022b: 12f.). DIE LINKE bezieht sich zwar auf Gerechtigkeit als ihren Markenkern, doch wird ihr kaum Kompetenz zugeschrieben, diese praktisch durchzusetzen. Bei keinem der wichtigsten politischen Themen wird ihr von mehr als einem Zehntel der Wähler*innen Lösungskompetenz zugetraut – in der Umwelt- und Klimapolitik sind es nur drei Prozent, in Fragen der Wirtschaftspolitik ist es gar nur ein Prozent, bei der Digitalisierung sind es zwei Prozent. Soweit der Partei überhaupt Kompetenz oberhalb ihres desaströsen Wahlergebnisses attestiert wird, dann betrifft dies die Altersversorgung sowie die Flüchtlingspolitik (jeweils sechs Prozent), die Familienpolitik und Kinderbetreuung (acht Prozent) sowie als höchstem Wert (neun Prozent) den Kampf für angemessene Löhne (infratest dimap, nach Kahrs 2021: 15).

DIE LINKE versteht sich als moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei, weil ihr Ziel eine gerechte Gesellschaft ist, in der jede und jeder Zugang zu den Grundbedingungen eines freien Lebens hat und Leistung für die Gesellschaft gefördert und anerkannt wird. Eine solche Gesellschaft ist im Kapitalismus unmöglich. Deshalb strebt DIE LINKE grundlegende Veränderungen bei den Eigentums- und Machtstrukturen sowie der internationalen Ordnung an. Es geht um radikale Reformprojekte – um Projekte einer doppelten Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus (Klein 2014 u. 2018). Damit verfolgt DIE LINKE eine «revolutionäre Realpolitik» (Luxemburg 1979: 373), die sich für radikale Reformen einsetzt, die die Gesellschaft grundlegend umgestalten. Diese Projekte haben eine sozialistische Dimension. Es geht um den Ausbau gemeinwirtschaftlicher Sektoren und um die öffentliche Daseinsvorsorge sowie Infrastruktur, um die Planung der sozialökologischen Transformation, die umfassende Ab-

sicherung sowie Stärkung von Wirtschaftsdemokratie und solidarischer Teilhabe und um weitreichende Solidarität. Ziel ist ein Systemwechsel: Das System der Ausbeutung der Natur soll durch ein System des Lebens mit der Natur abgelöst werden, das System der Dominanz von Kapitalverwertung über die Wirtschaft und Gesellschaft durch ein System solidarischer Entwicklung auf der Basis von Freiheit und Gleichheit und das System imperialer Politik durch ein globales System der Kooperation.

Es sollte das Ziel der Partei DIE LINKE sein, folgenden Markenkern zur Geltung zu bringen:

- 1. DIE LINKE ist eine moderne Partei der sozialen Gerechtigkeit,**
 - 2. DIE LINKE ist eine Friedenspartei und**
 - 3. DIE LINKE ist eine sozialistische Partei.**
-

DRITTE HERAUSFORDERUNG: SICH ALS PARTEI DES SOZIAL- ÖKOLOGISCHEN SYSTEM- WECHSELS UND ALS FRIEDENS- PARTEI POSITIONIEREN

Eine der wichtigen Lehren der vergangenen Jahrzehnte lautet: Die Niederlagen der politischen Linken rühren aus ihrer Unfähigkeit, Epochenumbrüche zeitnah und in ihrer Tiefe zu erkennen und strategisch zu verarbeiten. Es fehlt vor allem ein Verständnis der ökonomischen Umwälzungen und Strukturveränderungen der Primärverteilung des Reichtums der Gesellschaft. In der Bundesrepublik ist eine Vollerwerbsgesellschaft mit einem großen Sektor prekärer proletarisierter Beschäftigung entstanden. Zugleich ist zu begreifen, dass es Angst gibt – Angst vor dem sozialen Abstieg und vor Verlust an Anerkennung, Angst vor Krieg, Klimakatastrophen und vor dem Zusammenbruch der Energieversorgung, vor neuen geopolitischen Umbrüchen mit unabsehbaren Folgen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007ff., die sich verschärfende ökologische Krise und die Krise der unilateral von den USA dominierten Weltordnung haben ein Zeitalter hoher Unsicherheit hervorgebracht. Erstens: In den USA konkurriert die America-first-Strategie von Trump und Co. mit der Strategie einer Neubegründung des globalen Führungsanspruchs der USA auf erweiterter Grundlage mit selektiven Angeboten des Multilateralismus (Anonymos 2021), wie sie die gegenwärtige US-Administration verfolgt. China, Russland, Indien sowie eine Reihe von Regionalmächten verfolgen eigene Ansätze. Die Handlungsräume der Regionalmächte sind deutlich erweitert. Heftige internationale militärische Konflikte werden wahrscheinlicher und sind weniger vorhersehbar. Die Gefahr des großflächigen Einsatzes von Massenvernichtungswaffen bis zum Atomkrieg ist so hoch wie seit den frühen 1960er-Jahren nicht mehr. Ambitionierte imperiale Projekte, hohe Unsicherheit, starke Bedrohungsängste bilden dafür den Boden.

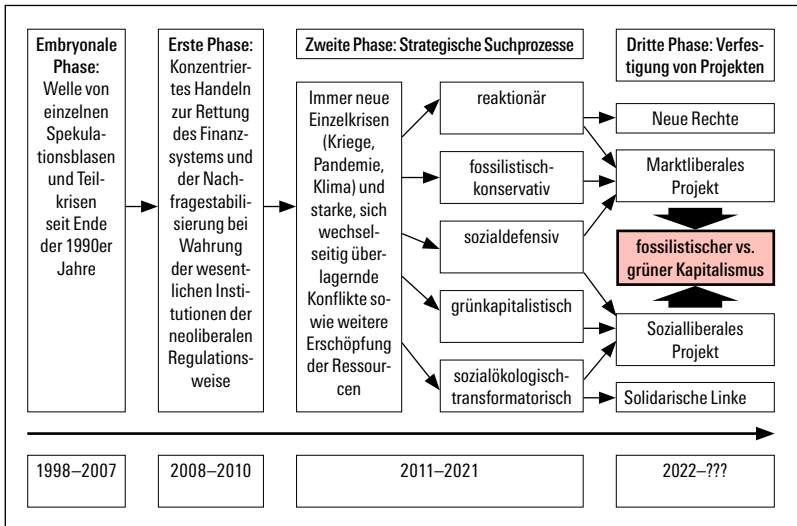
Zweitens: Der Kapitalismus verändert sich. Die Potenziale des US-dirigierten neoliberalen Finanzmarktkapitalismus sind weitgehend erschöpft. Er hat eine große Fülle ungelöster Probleme hinterlassen, nicht zuletzt die Zuspitzung der ökologischen Krise, eine gigantische Überakkumulation von Kapital, hohe Staatsverschuldung, sehr begrenzte Handlungsmöglichkeiten der Zentralbanken und eine obszöne Zentralisation von Reich-

tum und oligarchischer Macht. Es wird nach offensiven Antworten auf diese Krisen gesucht.

Auf dieser Basis haben sich eine Reihe von Strategien des gesellschaftlichen Umbaus herausgebildet, die mit den Begriffen reaktionär, fossilistisch-konservativ, sozialdefensiv, grünkapitalistisch und sozialökologisch-transformatorisch umrissen werden können (siehe Anhang). Die fossilistisch-konservative und die grünkapitalistische Strategie haben die höchste Integrationskraft und finden im aktuellen Krieg sogar teilweise wieder zusammen. Während die fossilistisch-konservative Strategie auch reaktionäre und sozialdefensive Ansätze aufnehmen kann, kann die grünkapitalistische Strategie gleichfalls mit sozialdefensiven Ansätzen kooperieren und bietet zugleich emanzipatorischen sozialökologisch-transformatorischen Strategien Anknüpfungspunkte (siehe Abb. 1).

In den aktuellen Auseinandersetzungen überschneiden sich in sehr widersprüchlicher Weise (1) der sozialökonomische Konflikt Markt vs. Sozialstaat/Umverteilung, (2) der Konflikt progressiv-libertäre vs. konservativ-autoritäre Linie (siehe nicht zuletzt die Debatte um #MeToo und

Abbildung 1: Die organische Krise des neoliberalen Finanzmarkt-kapitalismus, bisherige Phasen und aktuelle Strategien



Quelle: eigene Darstellung

sexistische Grenzüberschreitungen), (3) der Konflikt ökologisches Modernisierungsprojekt vs. Verteidigung der fossilistischen Produktions- und Lebensweise und (4) der Konflikt zwischen einem Projekt der Aufrüstung und einer neuen globalen Blockkonfrontation mit Russland und China auf der einen und einer neuen globalen wie europäischen Sicherheitsarchitektur auf Basis einer postfossilen und gerechten Weltwirtschaft auf der anderen Seite.

Mit der «Ampel» regiert in der Bundesrepublik eine Koalition, deren zentrales wirtschaftspolitisches Vorhaben eine grünpolitische Modernisierung ist (Wolf 2021: 3f.). Dies wird flankiert von einer transatlantischen Ausrichtung der Bundesrepublik, die durch den Ukraine-Krieg noch verstärkt wird und eine starke militärische Komponente hat. Es ist insofern ein kapitalistisches Programm, weil «die Ampelkoalition dem Kapital die entscheidende Rolle bei Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Marktführerschaft zuweist» (Detje et al. 2022: 8). Und es ist ein Projekt des Versuchs der Erhaltung und des Ausbaus der von den USA und ihren Verbündeten repräsentierten Weltordnung.

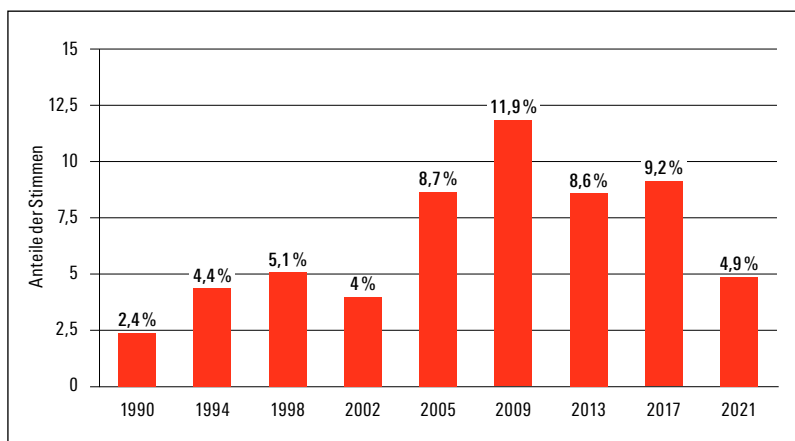
Die Klimakrise stellt die heutige Art und Weise des Produzierens und Konsumierens grundsätzlich infrage. Eine auf fossiler Energie basierende Produktion hat keine Zukunft. Es bedarf einer grünen industriellen Revolution (siehe Manifest der Labour Party von 2019), eines sozialökologischen Systemwechsels. Dabei gilt es, die von diesen Umbrüchen betroffenen Beschäftigten zu schützen. Ökologische und soziale Erfordernisse müssen miteinander verbunden werden. Das Konzept der «gerechten Übergänge» (*just transition*; siehe Zeitschrift LuXemburg 1/2011), wie es von den internationalen Gewerkschaftsorganisationen propagiert wird, greift diese Forderung auf. Es geht um die Schaffung von Arbeitsplätzen, die den Kriterien «guter Arbeit» entsprechen. Zur sozialökologischen Transformation gehört untrennbar die Wirtschaftsdemokratie. Ein sozialökologischer Systemwechsel ist aber nur möglich, wenn zugleich um eine internationale Ordnung gekämpft wird, die den sich radikal verändernden Kräfteverhältnissen entspricht, gemeinsame Sicherheit und Entwicklung ins Zentrum rückt und keine Blockkonfrontation zulässt. DIE LINKE sollte eine der treibenden Kräfte für die Schaffung einer neuen internationalen Sicherheitsarchitektur unter Führung der UNO und für die Ächtung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sein. Die Reduzierung von Kriegen und militärischen Auseinandersetzungen ist eine Grundvoraussetzung für das Gelingen einer sozialökologischen Transformation.

Als sozialistische Gerechtigkeitspartei ist DIE LINKE gefordert, erstens politische Kraft des Systemwechsels zu sein und solidarische Alternativen zum grün modernisierten Kapitalismus zu präsentieren und zweitens sich gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnern für ein zukunftsorientiertes Konzept von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung als Grundlage einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik einzusetzen.

VIERTE HERAUSFORDERUNG: GEBRAUCHSWERT BEWEISEN – DURCH DIE PRAKTISCHE VERBINDUNG VON SCHUTZ, GESTALTUNG UND UMBRUCH

Die Erfahrungen in Europa zeigen, dass die eigentliche Herausforderung vor allem darin besteht, den Gebrauchswert einer Linkspartei und ihre Verortung im Parteiensystem konkret auf der Grundlage der realen Kräfteverhältnisse und des derzeitigen gesellschaftlichen Wandels zu bestimmen. So steht etwa Unidas Podemos in Spanien für eine linke Arbeitsmarktpolitik, die vor allem Yolanda Diaz, die kommunistische Arbeitsministerin, öffentlich repräsentiert. In Finnland geht es um die Stärkung des öffentlichen Sektors und in Portugal um die Kämpfe gegen Prekarisierung und für bessere soziale Absicherung. Die Bundestagswahl hat ebenso wie die nachfolgenden Landtagswahlen im Saarland sowie in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gezeigt, dass DIE LINKE in den Augen vieler ihrer potenziellen Wähler*innen auf Bundesebene und in einigen Bundesländern nutzlos geworden ist (siehe Becker 2022: 2; Warnke 2021: 4).

Abbildung 2: Stimmenanteile der LINKEN bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2021



Quelle: statista 2021

Wenn in einer linken Partei die inneren Konflikte die Auseinandersetzung mit den Machtstrukturen in der Gesellschaft dominieren, ist sie mit Recht zum Untergang verdammt.

Nach 1990 hatte die PDS zeitweilig ein Alleinstellungsmerkmal als *die* ostdeutsche Partei, die zugleich Anliegen der sozialistisch orientierten Gruppen aus der DDR in den Vereinigungsprozess einbrachte. Aus der Fusion von PDS und WASG entstand mit der LINKEN eine politische Kraft, deren Alleinstellungsmerkmale ihr konsequenter Antineoliberalismus sowie das Beharren auf sozialer Gerechtigkeit und einer strikten friedensorientierten Politik jenseits der NATO waren. Dies band neue Kräfte ein. Aufstieg und Niedergang waren vor allem durch diese Wellen bedingt (siehe Abb. 2). Hatte DIE LINKE 2009 einen deutlich überproportionalen Anteil bei Mitgliedern der Gewerkschaften unter ihren Wähler*innen und drang in die Stammwählerschaft der SPD vor, so war dieser Trend schon 2013 rückläufig und brach 2021 völlig ein. «Das Ergebnis ist erschütternd: Unter allen im Bundestag vertretenen Parteien erhält DIE LINKE, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit mit der ökologischen Transformation zu verknüpfen trachtet, die wenigsten Stimmen aus den Kreisen der Gewerkschaften – weit zurückgefallen hinter der FDP und noch mehr hinter der AfD. Für eine sozialistische Partei ein Desaster.» (Detje 2022: 4) Der Partei gelang keine Politisierung der Erfahrungen des Verlusts an Anerkennung und Sicherheit von links. In diesen Gruppen herrschen eher Enttäuschung und Resignation vor.

Wahrnehmung der Schutzinteressen und Zukunftsorientierung gehören zusammen. Es gilt, «die Forderung nach sehr weitgehender Transformation der vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen mit konkreten Sicherheitsversprechen [zu] verbinden. [...] Ohne Sicherheitsversprechen könnte es passieren, dass nicht unwesentliche Teile der Bevölkerung in kurzer Zeit nach rechts driften (siehe Corona), ins fossilistische und anti-progressive Lager.» (Candeias 2022a) Mehr aber noch: Ohne glaubwürdigen Einsatz für Sicherheit und eine Jobgarantie kann es keine Gerechtigkeit geben. Es ist eine Frage der fundamentalen Werte, sich für Schutz und Sicherheit all derer einzusetzen, die existenziell bedroht sind. Dies gilt nicht zuletzt beim Schutz gegen die jetzt schon spürbaren und in Zukunft stark zunehmenden Folgen der Klimaveränderung und der ökologischen Degradierung. Dies kann auch so formuliert werden: «Wir haben uns [...] gemeinsam auf den Weg gemacht, um große Ziele zu erreichen: den Sozialstaat wiederaufzubauen, für Demokratie und die Interessen der lohnabhängigen Mehrheit und gegen die finanzgetriebene Globalisierung zu kämpfen, die ökologische Frage in Verbindung mit der sozialen Frage und der Friedensfrage auf die Tagesordnung zu setzen.» (Wagenknecht 2019: 34f.)

DIE LINKE muss dafür eintreten, dass das politische System der Bundesrepublik der Aufgabe der Verbindung von sozialem Schutz, Durchsetzung der gerechten Ansprüche auf gute Arbeit und gutes Leben für alle und Orientierung auf einen sozialökologischen Systemwechsels nachkommt – von der kommunalen bis zur EU-Ebene und in der internationalen Kooperation. Das ist ihr wichtigster Gebrauchswert. Sie wäre dann (1) Partei des sozialen Schutzes und solidarischer Sozialstaatlichkeit, (2) moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei und (3) Partei des sozialökologischen Systemwechsels.

FÜNFTE HERAUSFORDERUNG: EINSATZ FÜR EIN KLASSEN- VERBINDENDES MITTE-UNTEN- BÜNDNIS

Die meisten Linksparteien in Europa artikulieren sich weiterhin als Parteien der Klasse der Lohnarbeitenden, wobei das Verständnis von Lohnarbeitenden längst über das klassische Industrieproletariat hinausgeht und Teile des öffentlichen Dienstes und darüber hinaus das moderne Dienstleistungsproletariat in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt umfasst. Die Klasse der Lohnabhängigen ist heute so groß wie nie zuvor, und dem Druck der kapitalistischen Märkte sind alle, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, ausgesetzt. Die Transformationen des Kapitalismus produzieren andauernd neue Spaltungslinien auch in der Klasse der Lohnabhängigen. Die Aufgabe der LINKEN ist es, diese Spaltungen immer wieder konkret offenzulegen und die verschiedenen Teile der Klasse miteinander zu verbinden, ohne die Differenzen zu negieren. Die Fähigkeit dazu ist ihr verloren gegangen. Sie hat ihre Verankerung in der Welt der Arbeit verloren.

In seinem Frühwerk «Lage der arbeitenden Klasse in England» von 1845 hat Friedrich Engels auf der Basis konkreter Erfahrung früh die Einsicht formuliert, dass von der Konkurrenz auf den Märkten die erbarmungslosen Zwänge ausgehen, die alle beherrschen, auch die Arbeiter*innen. Er schrieb: «Diese Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander ist [...] die schlimmste Seite der jetzigen Verhältnisse für den Arbeiter, die schärfste Waffe gegen das Proletariat in den Händen der Bourgeoisie.» (Engels 1845: 306f.) Durch die Konkurrenz wird die Klasse der Lohnabhängigen gespalten – regional, national, europäisch, global; entlang von Geschlecht und Identität, von Alter und Fitness für den Arbeitsmarkt, staatsbürgerlichem Status und Hautfarbe. Harald Wolf und Raul Zelik schreiben in diesem Zusammenhang: «Anstatt Milieus gegeneinander auszuspielen, ist es unsere Aufgabe als LINKE, Gemeinsamkeiten zwischen sozialen Wirklichkeiten und Identitäten aufzuzeigen.» (Wolf/Zelik 2022)

Für DIE LINKE ergibt sich ein Problem: Während die Geringverdiener*innen (mit 22 bzw. 24 %) ein relativ starkes Wählerpotenzial der Partei markieren, gehen sie zugleich seltener zur Wahl. Moderne Facharbeiter*innen, «systemrelevante» Arbeitskräfte in den öffentlichen Dienstleistungen (soziale Infrastrukturen) und vor allem die urbanen, sozialöko-

logisch ausgerichteten Milieus mit vielen jungen und gut ausgebildeten Fachkräften und Akademiker*innen stellen ebenfalls ein starkes Wählerpotenzial für DIE LINKE dar, zeigen aber ein sehr stark taktisches Wahlverhalten in Richtung SPD und vor allem Grüne. Weil ihre Stammwählerschaft erodiert, konkurriert DIE LINKE zunehmend um die Stimmen derjenigen, die sich von Wahl zu Wahl neu entscheiden.

Das Selbstverständnis der modernen Linksparteien richtet sich gegen jede Form von Unterdrückung und Diskriminierung – gegen die Herrschaft von Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft, gegen die Vormacht privater Monopole und staatliche Bevormundung, gegen Patriarchat, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Sie setzen sich ein für die Rechte der Lohnabhängigen, der sozial Benachteiligten sowie für die Stärkung der Rechte von Minderheiten wie LGBTIQ. Jean-Luc Mélenchon etwa bezog sich in seiner erfolgreichen Wahlkampagne auf die kulturelle Vielfalt, die mit Migration entsteht und vor der man keine Angst haben, sondern die man gestalten müsse: Frankreich sei «keine ethnische Nation».

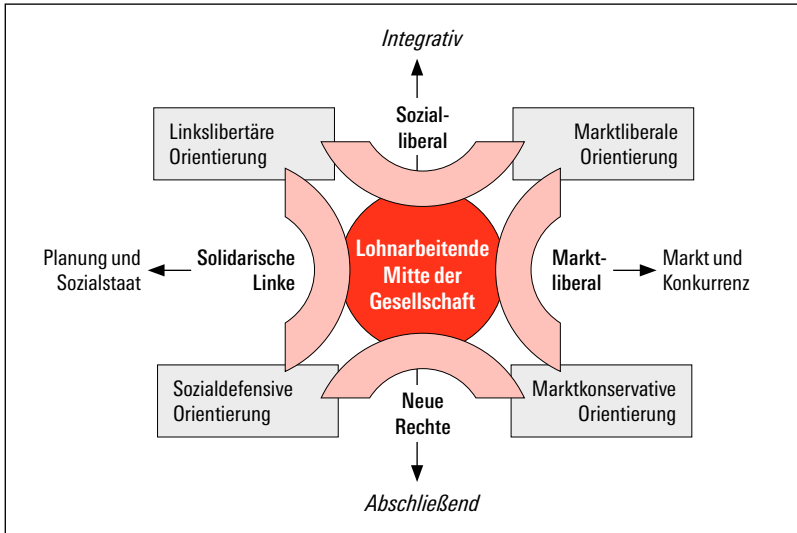
Das Anliegen linker Parteien muss sein, bestimmte Gruppen der «oberen Mitte», der «bedrohten unteren Mitte» und des «sozialen Unten», die alle die Einsicht in die Notwendigkeit einer starken Regulierung im Interesse von sozialer Gerechtigkeit und sozialökologischem Umbau eint, zusammenzubringen. Das Problem dabei ist, dass sich diese Gruppen aber uneinig sind in Bezug auf die Rolle des Staates und die Art und Weise, wie Bedrohungen abgewehrt und sozial Schwache geschützt werden können. Es sollte nie vergessen werden, dass gerade die unteren sozialen Gruppen im besonderen Maße die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt als existenzielle Gefährdung erfahren und die geringsten Möglichkeiten haben, durch eigene individuelle Anstrengung diesen Gefahren zu begegnen. Sie sind strukturell bedingt mehrheitlich sozialdefensiv eingestellt. Dies bedeutet, dass gerade jene Gruppen, die gemeinsam die Grundlage einer handlungsfähigen Linken bilden müssten, durch ihre Klassenlage in der Frage der gerechten Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse geeint und zugleich in der Frage der Offenheit für Differenzen gespalten sind – bis hin zum kulturellen Antagonismus. Die bessergestellten Gruppen tragen eine besondere Verantwortung dabei.

Es können in der Gesellschaft vier grundlegende ideologische Orientierungen ausgemacht werden: (1) die linkslibertäre, (2) die marktliberale, (3) die marktkonservative und die (4) sozialdefensive, die in unterschiedlichen soziokulturellen klassengeprägten Milieus verankert sind (Müller-

Hilmer/Gagné 2018; Eversberg 2019). Diese Milieus unterscheiden sich vor allem durch ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt und damit nach Status und Einkommen, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung sowie nach ihrem kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapital (Vester 2019). Sie können durch vier sehr gegensätzliche politische Projekte verbunden werden: das sozialliberale Projekt, das marktliberale Projekt, das Projekt einer neuen Rechten oder das Projekt einer solidarischen Linken (siehe Abb. 3). Vor dem linken Projekt steht die Aufgabe, als ein solidarisches Mitte-unten-Bündnis das linkslibertäre mit dem sozialdefensiven Milieu zu vereinen.

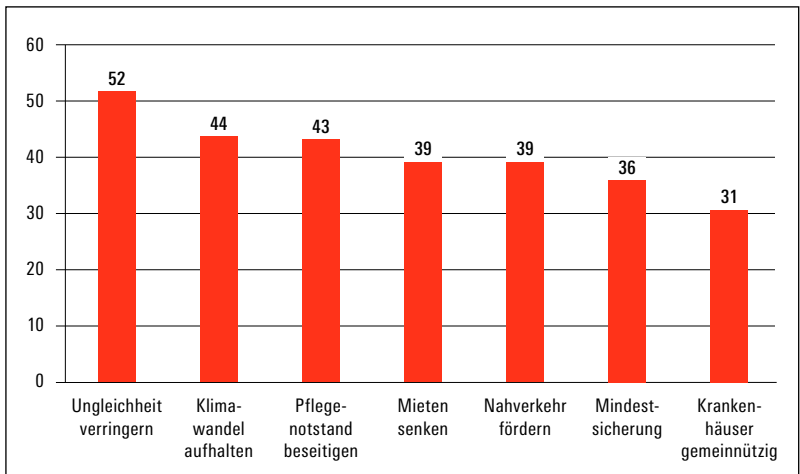
Wie eine jüngst veröffentlichte empirische Studie (Candeias 2022b) zeigt, eint jene, die sich vorstellen könnten, DIE LINKE zu wählen, der Wunsch nach der Verringerung von Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie nach der radikalen Begrenzung des Klimawandels (siehe Abb. 4). Dabei gibt es einen Unterschied: Für Gruppen mit niedrigem Einkommen (unter 1.500 Euro) hat die Verringerung der sozialen Ungleichheit besondere Priorität (66 %); bei jenen mit höherem Einkommen hat der Kampf gegen die Erderwärmung einen höheren Stellenwert. Sobald aber konkrete Forderungen aufgestellt werden, die die soziale und ökologische Frage zusammen-

Abbildung 3: Gesellschaftliche Orientierungen und politische Projekte



Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 4: Wichtigste Themen derjenigen, die sich vorstellen können, die Partei DIE LINKE zu wählen (in Prozent)



Quelle: Candeias 2022b: 12

bringen (wie die nach einem entgeltfreien ÖPNV oder der Schaffung von klimaneutraler guter Arbeit), löst sich dieser Unterschied weitgehend auf.

Ein solidarisches Mitte-unten-Bündnis hat auch eine demografische Dimension. Wie Horst Kahrs (2022: 13, 17) mit Blick auf DIE LINKE schreibt: «Erstmals sind es die beiden jüngeren Altersgruppen, in denen die Zustimmung überdurchschnittlich ausfällt. 2021 erhält sie in der sie einstmals tragenden Altersgruppe der Geburtsjahrgänge 1950 bis 1970 nur noch eine unterdurchschnittliche Zustimmung. [...] Was als die «soziale Frage» wahrgenommen wird, hat sich offensichtlich mit dem Lebensalter verändert.»

DIE LINKE muss sich die Aufgabe stellen, jene soziokulturellen Gruppen der lohnarbeitenden Klasse, die sich – sei es mit links-libertären oder sozialdefensiven Orientierungen – für eine Politik der Gerechtigkeit, für demokratische Regulation und Sozialstaat einsetzen, generationsübergreifend miteinander zu verbinden und dabei wichtige Teile der «lohnarbeitenden Mitte» der Gesellschaft für das Projekt einer entschieden sozialen und zugleich ökologischen Transformation zu gewinnen.

SECHSTE HERAUSFORDERUNG: AUSBAU GESELLSCHAFTS- POLITISCHER KOOPERATION

DIE LINKE braucht stärkere Anbindungen an die Welt der industriellen Arbeit, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Dienste sowie an die emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Viele soziale Bewegungen sehen sich vor allem kulturell den Grünen näher. So hat sich ein doppeltes Problem herausgebildet: Zum einen schlägt sich das politische Engagement der Partei DIE LINKE «für die schwächsten und verletzbarsten Teile der Gesellschaft [...] in ihrer Wahl nur in erheblich geringerem Maße nieder» (Detje 2022). Zum anderen konnte sie bisher das Konzept eines «Green New Deal» (Riexinger 2020) und einer sozialökologischen Transformation nicht erfolgreich vermitteln – weder im gewerkschaftlichen noch im Bewegungsmilieu. Gute Ansätze allein reichen nicht aus. Sie müssen auch von der Partei getragen werden und in die Gesellschaft und die Öffentlichkeit hineinwirken.

Ein besonderer Schwerpunkt muss die Entwicklung enger Beziehungen zu den Gewerkschaften und in die Betriebe hinein sein. Eine Anregung hierzu kann die belgische Partei der Arbeit geben, die sich auch in den Betrieben organisiert. Mit der Gründung des Gewerkschaftsrats der Partei DIE LINKE 2022 auf Bundesebene wurde ein Schritt getan, um Strukturen zu schaffen für die Organisation der Beziehungen der Partei zu den Gewerkschaften. Der Bewegungsratschlag und der regelmäßige Austausch mit Sozialverbänden und DGB sowie Umweltverbänden sind wichtige Formen der gesellschaftspolitischen Kooperation.

Wenn DIE LINKE erfolgreich den Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten führen will, braucht sie zudem eine breite gesellschaftliche Verankerung in linken und linksaffinen Milieus, in denen sich die soziale, weltanschauliche und kulturelle Diversität heutiger Gesellschaften spiegelt und deren Impulse zur Entwicklung eigenständiger sozialökologischer Ansätze wichtig bleiben – auch zur Herausbildung einer neuen integrativen Diskurs- und Dialogkultur für sich selbst. Eine solche Kultur stärkt zugleich auch ihre Attraktivität, erweitert ihre «Zugänge» auch gegenüber linksakademischen Gruppen, gegenüber Künstler*innen, Schriftsteller*innen – also jenen, die unzufrieden sind mit gesellschaftlichen Zuständen und auf der Suche nach neuen Ausdrucksformen von Gesellschaftskritik, und jenen, die mit ihren wissenschaftlichen Forschungen offene Fragen produzieren.

Im Verhältnis zu den Industriegewerkschaften spiegelt sich auch ein Widerspruch innerhalb der Mitgliedschaft und im engeren Sympathisantenkreis der Partei wider: «Dem aktuellen Transformationskorporatismus der Gewerkschaften steht ein Aufschwung ökologischer Protestbewegungen gegenüber. Diese politisieren vor allem die junge Generation, die anfängt, sich auch in der Partei DIE LINKE parteipolitisch zu organisieren. [...] Die vielen jungen Klimaaktivist*innen tun der Partei mit ihrem ungestümen Engagement, ihrer politischen Ungeduld und ihrem hohen moralischen Kompass gut. Doch ihr fehlender Bezug zur Arbeitswelt prägt die Parteidebatte.»(Bierbaum et al. 2022: 43) Bemerkenswert war daher das Zusammenwirken von Gewerkschafter*innen und jungen Aktivist*innen aus der ökologischen Bewegung, nicht wenige von ihnen im SDS und bei der Bewegungslinken organisiert, im Rahmen des Kampfes für einen neuen Tarifvertrag im öffentlichen Personennahverkehr (siehe Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN 2021).

DIE LINKE kann sich gesellschaftlich nur dann verankern, wenn sie zugleich eine enge Kooperation mit gewerkschaftlichen, sozialen, umwelt- und friedensorientierten sowie linken akademischen Kräften pflegt. Dabei sind die Funktionen einer linken sozialistischen Partei andere als die der zivilgesellschaftlichen Kräfte. Sie können sich wechselseitig stärken, aber nicht ersetzen.

SIEBTE HERAUSFORDERUNG: ENTWICKLUNG VON EINSTIEGS- PROJEKTEN UND AUFLÖSUNG PROGRAMMATISCHER DEFIZITE

Trotz der Arbeit in der Bundestagsfraktion zu Plan B im Feld von Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik, trotz starkem Engagement gerade im Bereich von Pflege oder Wohnen, trotz des Wirkens im Europaparlament und trotz eines in weiten Teilen sehr konkreten Wahlprogramms 2021 wird DIE LINKE bundesweit nicht als Partei der sozialökologischen Umgestaltung und konstruktiv gestaltender Europa- und Friedenspolitik wahrgenommen. Ansätze aus den Kommunen und der Landesregierungen strahlen nicht bundesweit aus. Eine Ausnahme bildete die Unterstützung für die Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen in Berlin. Es sind Defizite, heftige Konflikte und Leerstellen, die die Wahrnehmung prägen. Bei allen in den letzten zehn Jahren die Öffentlichkeit besonders umtreibenden Fragen – Flucht und Migration, Klima- und Corona-Politik, Ukraine-Konflikt – war DIE LINKE nicht in der Lage, mit *einer* Stimme zu sprechen. Im Gegenteil: Es wurden einander ausschließende Positionen vertreten sowie falsche Gegensätze aufgemacht. Gegenwärtig gibt es einige, die den Moment gekommen sehen, DIE LINKE endgültig zu zerstören.

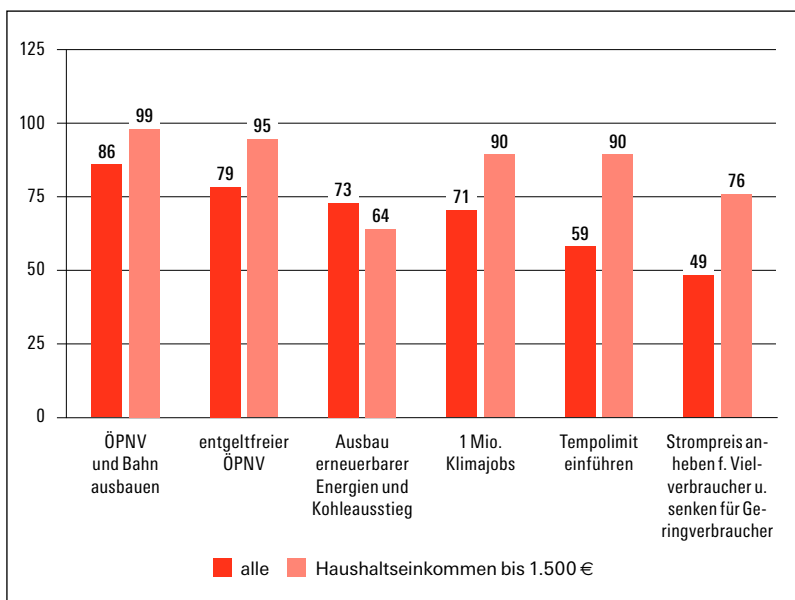
Vor dem Hintergrund der Umbrüche in der internationalen Ordnung muss DIE LINKE ihre Außen- und Sicherheitspolitik neu bestimmen. Dabei sollten folgende Prinzipien im Vordergrund stehen: (1) der Einsatz für die Durchsetzung des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen; (2) die Förderung einer Politik gemeinsamer Sicherheit, der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und der Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der Europäischen Union; (3) die Unterstützung aller Bemühungen um Abrüstung, Konfliktvorbeugung und Kooperation; (4) Zurückweisung aller Bestrebungen, einen neuen Kalten Krieg auszulösen und auf ideologischen Konfrontationskurs zu gehen (Parteivorstand 2022a). Es geht um klare Positionen zu einer europäischen Sicherheitsarchitektur und zu den Interessen der osteuropäischen und südosteuropäischen Länder sowie um linke Positionierungen gegenüber Russland und China.

Angesichts des doppelten Umbruchs – im Bereich der sozialökologischen und der internationalen Verhältnisse – wird eine Alternative zu den Projekten des grünen Kapitalismus und einer verstärkten transatlantischen und militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik immer dringlicher. Die

massiven Defizite der Partei DIE LINKE auf diesem Gebiet sind überaus deutlich geworden. Dabei gibt es durchaus Erfahrungen und Ansätze, die zeigen, dass gesellschaftliche Bündnisse (einschließlich religiöser Initiativen zu Frieden, mehr Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung) wie auch eine politische Kooperation mit der SPD und den Grünen in diesem Sinne durchaus möglich sind. Wie eine jüngere Befragung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, werden gerade Vorschläge, die die soziale und die Klimafrage konkret zusammenbringen, von den Geringverdiener*innen im besonderen Maße unterstützt (siehe Abb. 5). Sie wissen, dass Versuche, vor allem durch den Markt und private Anbieter die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaft voranzubringen, sie besonders hart treffen werden (zum konkreten Umbau der Industrie siehe Lehndorff 2022, zum Care-Sektor Winker 2021).

Lia Becker spricht in diesem Zusammenhang von «ökologischer Klassenpolitik», durchaus angelehnt an das Wahlprogramm von Jean-Luc Mélenchon in Frankreich. Dazu gehören gerade angesichts der aktuellen und

Abbildung 5: Unterstützung für sozialökologische Projekte (in Prozent)



Quelle: Candeias 2022b: 18

länger anhaltenden Inflation Preiskontrollen bei Lebensmitteln, Heizung und Miete, Sicherung von Mindesteinkommen, nicht zuletzt auch für Studierende, Auszubildende und Rentner*innen, sowie eine weitere Erhöhung des Mindestlohns. Es geht um eine regionale und bundesweite Planung des Umbaus und um Jobs im Bereich von öffentlicher Daseinsvorsorge, um den klimagerechten und sozialen Umbau des Wohnungswesens, um eine Mobilitätswende und eine Arbeitsgarantie (Partei Vorstand 2022b). Dabei kann an Ansätze angeknüpft werden, die DIE LINKE dort entwickelt hat, wo sie erfolgreiche Arbeit in der Regierung leistet. Dazu gehören unter anderem die Tarifverbindlichkeit bei öffentlichen Aufträgen, ein regionaler Mindestlohn von 13 Euro, der sozialorientierte Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Fortschritte bei der beitragsfreien Bildung, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus oder stadtteilorientierte Gesundheitszentren. Wie Vertreter*innen der vier an Regierungen beteiligten Landesverbände der LINKEN schreiben: «So erzeugen wir Gebrauchswert der LINKEN als soziale Kraft und machen ihn erkennbar und erlebbar.» (Landesvorsitzende 2022) DIE LINKE muss in den real ablaufenden Transformationsprozessen in den Betrieben präsent sein und in die Prozesse politisch orientierend eingreifen.

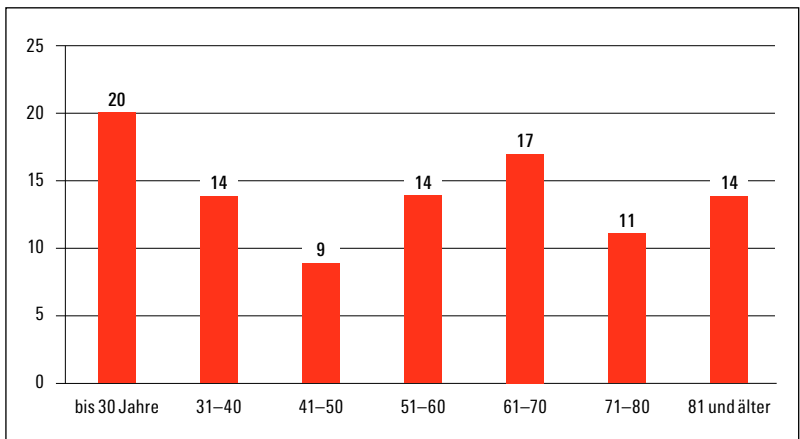
In den zentralen programmatischen Fragen müssen Korridore bestimmt werden, innerhalb derer linke Positionen in der Partei vertreten werden können. Dies bedeutet, erstens nach vorn weisende Orientierungen zu erarbeiten und zweitens deutlich erkennbar Grenzen gegenüber Positionen zu ziehen, die mit der Programmatik der Partei unvereinbar sind. Es sollte versucht werden, ausgehend von den eigenen positiven und negativen Erfahrungen im engen Austausch mit Gewerkschaften, BUND, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, sozialen Bewegungen sowie den Bürger*innen an sozialökologischen Alternativen zum grünpunkalistischen Projekt zu arbeiten und dies zur verbindenden Grundlage für Wahlprogramme, das Wirken vor Ort und die parlamentarische Arbeit zu machen. Zugleich sollte ein Prozess eingeleitet werden, der im Laufe eines Jahres dazu führt, die programmatischen Defizite auf der Basis einer umfassenden Diskussion in der Partei zu überwinden.

ACHTE HERAUSFORDERUNG: EINE LEBENDIGE MITGLIEDER- PARTEI GESTALTEN

DIE LINKE hat seit 2011 eine sehr starke Veränderung der Mitgliedschaft erfahren, sodass man nicht mehr von derselben Partei sprechen kann. Knapp 40 Prozent haben die Partei seit 2011 verlassen (darunter viele Ältere), 20 Prozent der Mitglieder sind seitdem verstorben. Dies sind insgesamt rund 60 Prozent der Mitglieder von 2011. Mehr als die Hälfte der derzeit etwa 60.000 Mitglieder sind seitdem neu eingetreten, mehrheitlich im Alter zwischen 20 und 40 Jahren. DIE LINKE zog proportional mehr als andere Parteien jüngere Menschen an, die oft die Ersten in ihrer Familie sind, die studieren. Erstmals gibt es genauso viele LINKE-Mitglieder, die jünger als 40 sind, wie es Mitglieder gibt, die älter als 60 sind (siehe dazu im Detail Hoff 2022a: 8–14). Jene, die aus der SED kamen bzw. aus SPD und linken Gruppen in Westdeutschland (vor 1990), stellen jetzt eine deutliche Minderheit.

Ein großer Teil der Neumitglieder kommt aus linksakademischen Milieus, während die älteren Mitglieder früher mehrheitlich der PDS und WASG

Abbildung 6: Alterskohorten in der Mitgliedschaft der Partei DIE LINKE (in Prozent)



Quelle: Hoff 2022: 8

angehörten. Daraus resultiert ein kultureller bzw. ein Generationenbruch. Besonders hoch ist der Anteil von Angestellten, Studierenden und jenen in Rente (Parteivorstand 2022a: 3, 5). DIE LINKE ist die einzige Partei in Deutschland, in der sich ein Drittel der Mitglieder der «Unterschicht» zu-rechnet. Seit 2011 hat sich der Anteil der Arbeitslosen an der Mitglied-erschaft halbiert und der der Studierenden verdoppelt (Ehling 2022: 2–4). Die Gesprächsfäden sind dünn. Es fehlen vielfach die Strukturen, um die- sen Bruch solidarisch zu bearbeiten. Eine Parteireform muss auch hier, di- rekt an der Basis, ansetzen. Oft sind die Kreisverbände überfordert, wirk- sam die Arbeit der Basisorganisationen zu unterstützen.

Die Herausforderung der kommenden Jahre besteht zum einen darin, deutlich mehr Mitglieder zu gewinnen. Zu diesem Vorhaben hat der Par- teivorstand 2021 eine mit konkreten Maßnahmen untersetzte Mitglieder- offensive beschlossen (das Ziel: 100.000 Mitglieder). Zum anderen muss die «Haltequote» erhöht werden, denn ein nicht unwesentlicher Teil der Neumitglieder tritt nach weniger als einem Jahr wieder aus. Zu den häufig genannten Gründen gehören eine fehlende Anbindung an die lokalen Par- teistrukturen oder Unzufriedenheit mit dem Kreisverband.

Mit der Verjüngung der Aktiven- und Funktionärsbasis drohen jedoch auch weitere Generationenkonflikte und die Segmentierung der Partei in verschiedene miteinander unverbundene Traditionslinien. Damit rückt der Aspekt der politischen Bildung sehr viel stärker in den Mittelpunkt, zu- mal die Vermittlung von kritisch-marxistischem Wissen an Hochschulen und in den Gewerkschaften mittlerweile dramatisch zurückgegangen ist. Zudem ist die Basis der Aktiven in vielen Kreisverbänden oft zu klein, um alle Aufgaben in Partei, Bündnissen und Kommunalparlamenten wahrzu- nehmen und neue Mitglieder einzubinden. Wahlerfolge hängen eng mit Partei- und Mitgliederentwicklung zusammen. Diese Erfolge müssen in einer Mitgliederpartei mit geringen finanziellen Ressourcen mühevoll or- ganisiert werden.

Um Anziehungskraft in der Gesellschaft auszustrahlen, muss die Partei als solidarische und vitale Mitgliederpartei erlebbar sein. Die Rückmel- dungen aus der Mitgliederbefragung waren: Die Genoss*innen wün- schen sich mehr Einigkeit, mehr Debatte untereinander, mehr Kontakt zur Partei vor Ort. Wer zur LINKEN kommt, muss eine Parteikultur vorfin- den, in der sich ehrenamtliches Engagement nicht auf Sitzungen und Gre- mienarbeit beschränkt. Um Machtstrukturen zu demokratisieren, muss ein transparenter Wissenstransfer organisiert werden. Dazu gehört auch, Orte und Gelegenheiten zu schaffen, wo bzw. bei denen die Parteimitglie-

der ohne Beschlussdruck zusammenkommen, politisch diskutieren, dazulernen, Erfahrungen austauschen, solidarisch Konflikte austragen und Spaß haben können und ein Dialog zwischen den Generationen erfolgt. Politische Bildung muss dabei eine Schlüsselstellung innehaben. Es gilt, sowohl politisch-inhaltliche Grundlagenbildung als auch praktisch-organisatorisches Handwerkszeug zu vermitteln.

Zu einer attraktiven Mitgliederpartei gehört auch der offene Umgang damit, dass gesellschaftliche Diskriminierungs- wie Herrschaftsstrukturen nicht vor linken Organisationen haltmachen. Dafür braucht es die Bereitschaft für selbstkritische Diskussionen und Lernprozesse, aber auch verbindliche Strukturen, um Beschlüsse umzusetzen. An DIE LINKE wird zu Recht ein höherer Anspruch als an den Rest der Gesellschaft gestellt, was den internen Umgang mit Sexismus, Rassismus etc. angeht. Entsprechende «Maßnahmen gegen Sexismus, Grenzüberschreitungen und sexualisierte Gewalt» hat der Parteivorstand im April 2022 auf den Weg gebracht. Dies sollte allerdings nur der Beginn einer tiefergehenden Auseinandersetzung sein, wie DIE LINKE eine diskriminierungsfreie Kultur fördern kann, auch im Bereich Antirassismus.

In den vergangenen Jahren konnte DIE LINKE ihre «aufsuchende Mitgliederarbeit» deutlich ausbauen. Untersuchungen belegen, dass das effektivste Mittel, neue Mitglieder zu gewinnen, das persönliche Gespräch ist. Die Bundespartei hat mittels Seminaren und geschultem Personal den Ansatz der Haustürgespräche als politisches Kommunikationsmittel weiterentwickelt und für sich und ihre Anliegen nutzen können. Das Gleiche gilt für *LINKES Organizing*, einer systematischen organisierenden Arbeit, mit der linke Positionen und Parteigliederungen vor Ort gestärkt werden. Auch die Kampagnenarbeit ist mittlerweile ein selbstverständlicher Bestandteil der politischen Arbeit der meisten Landes- und Kreisverbände. In den Parteikampagnen ist DIE LINKE an verschiedenen Orten gleichzeitig wiedererkennbar. Der Parteivorstand hat im Februar 2022 deren künftige inhaltliche Schwerpunkte (Pflege, Miete, Mobilität und gewerkschaftliche Verankerung/gute Arbeit in der Transformation) sowie deren bundesweite Koordinierung durch einen Kampagnenrat (bestehend aus Parteivorstand, Ländervertreter*innen und Fachleuten) und einen Aktivenrat (in dem die Kreis- und Ortsverbände sowie weitere Aktive vertreten sind) beschlossen. Die Corona-Krise hat einen deutlichen Digitalisierungsschub in der Partei bewirkt, dessen positive Aspekte aufgegriffen, weiterentwickelt und als permanentes Wissen in der Partei verankert werden sollten.

Doch der Partei DIE LINKE droht ein «umgekehrtes Demografieproblem», weil im aktiven Parteileben vor allem die Lebenswirklichkeiten jüngerer Menschen vorkommen. Das durch die Neueintritte von Jüngeren entstandene Potenzial muss durch einen verstärkten Fokus auf politische Bildung (inhaltlich, strategisch, handwerklich) genutzt und zum neuen Rückgrat der Partei ausgebaut werden. Mit den unterschiedlichen generationellen Lebenswelten und den oftmals wenigen Berührungspunkten im Alltag gehen jedoch auch Konflikte und Probleme einher, die bislang von der Partei nicht systematisch bearbeitet werden. Einer Partei, die stark von einer jungen Generation geprägt wird, fehlt ohne Vermittlung in die Breite der Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit der vielen Älteren ein entscheidendes Element für den Erfolg. Hier braucht es eine produktive Form intergenerationellen Lernens, die (ohne Besserwisserei) die Erfahrung(swelten) Älterer vermittelt, eine Anerkennung neuer Welt- und Lebenssichten ermöglicht und mit einem Vertrauensvorschuss für die Jüngeren verbunden ist.

Die Mitglieder der Partei DIE LINKE sind vor allem eingetreten und verbleiben in der Partei, weil sie die inhaltlichen Positionen der Partei richtig finden (zwei Drittel heben dies hervor; siehe Parteivorstand 2022c). DIE LINKE ist also in beträchtlichem Maße eine programmorientierte Partei. Das Bedürfnis nach Theorie ist groß, dagegen ist das sozialgesellschaftliche Engagement der Mitglieder außerhalb der Partei eher schwach, trotz der vielen Neumitglieder. Es geht um das Parteileben, aber auch um aktive Kommunalpolitik (ebd.: 8f.). Dies alles ist nur möglich, wenn DIE LINKE sich in ihren Umgangsformen und auch feministisch erneuert und Fragen von Diversität ernst nimmt, ohne dabei einen falschen Gegensatz zu klassenbewusster Politik aufzubauen.

Die Strukturen der Partei DIE LINKE als Bundespartei sind aus dem Prozess der Vereinigung von PDS und WASG entstanden und in der Satzung festgeschrieben worden. Dadurch wurde das Nebeneinander verschiedener Strömungen begünstigt, die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und die Entscheidungsfindung erschwert. Die Partei muss deshalb ihre Satzung in Bezug auf die Punkte Führung und Partizipation sowie Verbindlichkeit und Offenheit überarbeiten. Es wird ein Antrag an den kommenden Bundesparteitag diskutiert, mittels einer Kommission Reformen der Partei- und Entscheidungsstrukturen zu prüfen. Vorschläge sind beispielsweise die Verkleinerung des Parteivorstands und eine Reform des Bundesausschusses.

NEUNTE HERAUSFORDERUNG: DIE PARTEIFUNKTIONEN IN IHRER GESAMTHEIT OFFENSIV WAHRNEHMEN

In der Partei DIE LINKE gibt es einen Grundkonsens, alle Funktionen einer linkssozialistischen Partei, auch die einer Regierungsbeteiligung, wahrzunehmen. Umstritten ist kaum noch das Ob einer Regierungsbeteiligung, sondern das Wie. Zum einen muss eine Partei in den Dialog mit den Bürger*innen treten und zum anderen diese im politischen System (bei der kommunalen Ebene beginnend) parlamentarisch oder in Regierungen vertreten, ausgehend von Gemeinwohlintereessen. In den letzten Jahren gab es bei der LINKEN auf verschiedenen Ebenen die Tendenz, dass der gesellschaftliche Auftrag als sozialistische Partei in den Hintergrund rückte und Entscheidungen von innerparteilichen Macht-, Profilierungs- und Verteilungskämpfen dominiert wurden.

Linke Parteien sind dann stark, wenn sie in der Lage sind, sich erstens als Kümmererparteien zu erweisen, das heißt, wenn sie nachweislich einen direkten Gebrauchswert bezogen auf die Alltagssorgen von Menschen in den Kommunen und Betrieben haben. Dabei muss man sich bewusst machen, dass nur jeder Tausendste der erwachsenen Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied der Partei DIE LINKE ist und die Mehrheit von ihnen in Großstädten wohnt. Im Osten Deutschlands ist die frühere starke gesellschaftliche Verankerung der PDS vielerorts verschwunden, bundesweit ist sie nur punktuell neu entstanden. Es geht erstens um solidarische Alltagshilfe, für die Ressourcen eingesetzt werden müssen. Zweitens kommt es darauf an, in öffentliche Diskurse einzugreifen und erfolgreiches Agenda-Setting zu betreiben sowie gesellschaftlichen Mobilisierungen in den Parlamenten Ausdruck zu verleihen. Durch die Zerstrittenheit zwischen wichtigen Personen, die für DIE LINKE stehen, ist diese Funktion systematisch konterkariert worden. Beschlüsse der Partei zu Grundsatzfragen haben keinerlei Bindungskraft. Drittens geht es um die Arbeit der Partei auf kommunaler, regionaler, Bundesebene sowie im Europäischen Parlament in den legislativen und teilweise auch exekutiven Organen. Es geht um machtpolitische Durchsetzungsperspektiven. Auch aus der Opposition heraus konnte DIE LINKE eine ganze Reihe von Positionen parlamentarisch mehrheitsfähig machen. In einer ganzen Folge von Wahlniederlagen ist aber bis auf wenige (relative) Hochburgen eine dramatische Schwächung der Partei zu konstatieren. Die Erfahrungen mit

Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind sehr unterschiedlich. Teilweise hat die Partei dabei ihre Erkennbarkeit als linke Kraft verloren und Glaubwürdigkeit eingebüßt, ist die Partei völlig der Handlungslogik der Exekutive untergeordnet worden. Teilweise gelang es, konkrete Projekte wirksamer linker Reformpolitik durchzusetzen (siehe zu Berlin Reißig 2006; Wolf 2015). Es fehlt in weiten Teilen der Partei eine qualifizierte Diskussion zum Thema Regierungsbeteiligung. Zum einen mangelt es an einem theoretisch informierten Verständnis politischer Macht und der Funktionslogik von Staatsapparaten, zum anderen begnügt man sich teilweise immer noch mit Antiparlamentarismus.

DIE LINKE wird sich bezogen auf alle drei genannten Grundfunktionen – als lokal verankerte Kümmererpartei, als in gesellschaftliche Diskurse wirksam eingreifende Partei und als wirkungsvolle parlamentarische und exekutive Kraft – in vielen Gemeinden, Regionen und Bundesländern neu aufstellen müssen.

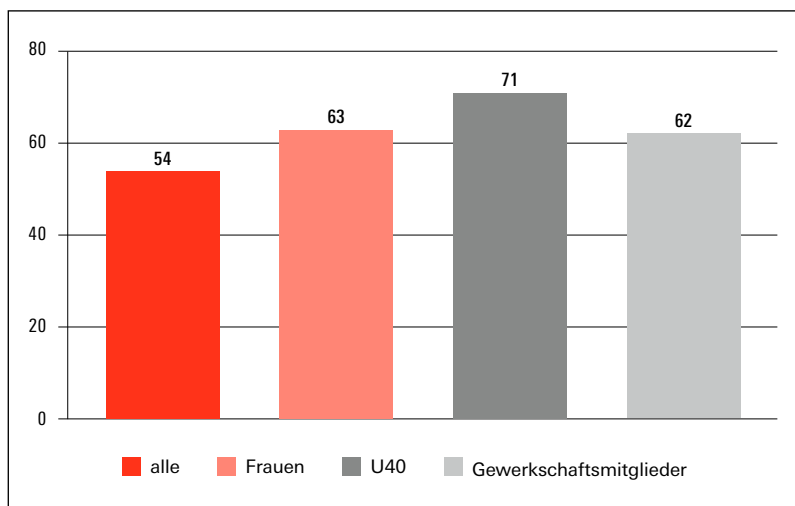
ZEHNTE HERAUSFORDERUNG: EIN NEUES VERSTÄNDNIS VON SOZIALISMUS ENTWICKELN

Die Vorschläge eines sozialökologischen Systemwechsels tragen zwangsläufig einen offenen sozialistischen Charakter: Dominanz der Gemeinwohlorientierung, hohe Bedeutung von demokratischer Planung und Wirtschaftsdemokratie, Ausbau der Gemeinwohlökonomie und Rückabwicklung der Privatisierung vieler öffentlicher Dienstleistungen, Heranziehung der großen privaten Vermögen für die Finanzierung gemeinschaftlicher Zukunftsaufgaben, möglichst umfassende Absicherung in Zeiten struktureller Umbrüche, Schaffung von Transformationsräten usw. (siehe ausführlich dazu Institut für Gesellschaftsanalyse 2020). Orientierung und Anregungen hierfür bieten neuere wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftliche Ansätze mit Konzepten wie Fundamentalökonomie (AG Links-Netz 2013; Gruppe ZAK Tübingen 2013; Dellheim 2019; Foundational Economy Collective/Streeck 2019), Infrastruktursozialismus (Riexinger 2015) oder Kommunalsozialismus (Hoff 2022b). Zugleich hat auch in Deutschland eine neue Sozialismuskussion begonnen (siehe u.a. Klein 2013; Fraser et al. 2019; Zelik 2020; Dörre/Schickert 2019; Zeller 2020; Dörre 2021; Winker 2021; Deppe 2021). Dies schafft die Voraussetzung für DIE LINKE, ein neues Sozialismusverständnis zu entwickeln.

Eine Umfrage im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung kommt zu folgendem Ergebnis: 54 Prozent der potenziellen Wähler*innen der LINKEN, quer zu den Einkommensklasse, finden, dass DIE LINKE für mehr Sozialismus eintreten soll. Vor allem Frauen unterstützen das mit 63 Prozent. Je jünger die Befragten, desto stärker stimmen sie diesem Anliegen zu (bei denen unter 40 Jahren sind es 71 %). Dass DIE LINKE stärker für eine Alternative zum Kapitalismus eintreten soll, dafür sprechen sich Gewerkschafter*innen unter den potenziellen Wähler*innen der LINKEN mit 76 Prozent weit deutlicher aus als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder (siehe Abb. 7).

Horst Kahrs (2021: 2) schreibt dazu: «Seit der Banken- und Finanzkrise 2007/2008 mehren sich Anzeichen – in den geistigen Auseinandersetzungen wie in den Ereignissen auf der «Straße» –, dass über Sozialismus in einer liberalen Gesellschaft, über die Einheit von sozialen und demokratischen Rechten und über die Souveränität über die eigene Biografie neu

Abbildung 7: Zustimmung zur Forderung, DIE LINKE solle mehr für Sozialismus eintreten (in Prozent)



Quelle: Candeias 2022b: 27

nachgedacht wird, dass sich so etwas wie ein «gesellschaftliches Bedürfnis» nach einem anderen, modifizierten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell erhalten hat bzw. neu herausbildet. [...] Vielleicht nur Sehnsucht, Wunsch, immerhin aber ein politischer Rohstoff. Die Linkspartei, so die Annahme weiter, greift diese Entwicklung nur unzureichend auf, repräsentiert bestenfalls Fragmente.»

Es gibt die Erfahrung der dramatischen Krisenhaftigkeit des heutigen Kapitalismus, den wachsenden Zweifel größerer Teile der Bevölkerung, dass auf dieser Grundlage ein gutes Leben für alle möglich ist und existenzielle Nöte in Teilen der Gesellschaft nicht angegangen werden. DIE LINKE sollte vor diesem Hintergrund daran arbeiten, ein an diesen Alltagserfahrungen anknüpfendes überzeugendes Sozialismuskonzept zu entwickeln, auch als Konzept einer solidarischen Gesellschaft zu verstehen, verbunden mit einem modernen Gerechtigkeitsverständnis.

DIE LINKE wird dringend gebraucht – doch dafür muss sie sich erneuern!

LITERATUR

- AG Links-Netz (Hrsg.) (2013):** Sozialpolitik anders gedacht. Soziale Infrastruktur, Hamburg.
- Anonymos (2021):** The Longer Telegram. Toward a New American China Strategy, Atlantic Council, unter: www.atlanticcouncil.org/content-series/atlantic-council-strategy-paper-series/the-longer-telegram/.
- Autor*innenkollektiv CLIMATE.LABOUR.TURN (2021):** «Mein Pronomen ist Busfahrerin.» Die gemeinsame Kampagne von FFF und Ver.di zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/44712/mein-pronomen-ist-busfahrerin.
- Becker, Lia (2022):** Zusammenhalten alleine reicht nicht – Überleben geht nur mit Erneuerung. Für ein klares Profil und einen Kulturwandel in der LINKEN, unveröffentlichtes Manuskript.
- Bierbaum, Heinz/Eifler, Ulrike/Richter, Jan (2022):** Der neue Gewerkschaftsrat der LINKEN, in: Sozialismus 3/2022, S. 41–43.
- Candeias, Mario (2022a):** Der Übergang, in: LuXemburg Online, April 2022, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/der-uebergang>.
- Candeias, Mario (2022b):** Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung zum Wähler*innenpotenzial der LINKEN, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publikationen/Studie_Eine_Partei_mit_Zukunft.pdf.
- Candeias, Mario/Warnke, Moritz/Völpel, Eva/Fried, Barbara/Schurian, Hannah (2020):** Reichtum des Öffentlichen. Infrastruktursozialismus oder: Warum kollektiver Konsum glücklich macht, in: LuXemburg Online, August 2020, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/reichtum-des-oeffentlichen/>.
- Dellheim, Judith (2019):** Solidarische Infrastrukturen. Solidarisches Handeln politikwirksam(er) machen!, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unter: www.rosalux.de/publikation/id/40436/solidarische-infrastrukturen.
- Deppe, Frank (2021):** Sozialismus. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektive, Hamburg.
- Detje, Richard (2022):** DIE LINKE – Erosion und Absturz im gewerkschaftlichen Milieu, unveröffentlichtes Manuskript.
- Detje, Richard/Kronauer, Martin/Sauer, Dieter/Schumann, Michael (2022):** Trägt das Fortschrittsversprechen? Das Programm der Ampelkoalition, unveröffentlichtes Manuskript.
- Dörre, Klaus (2021):** Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.
- Dörre, Klaus/Schickert, Christiane (Hrsg.) (2019):** Neosozialismus: Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München.
- Ehling, Janis (2022):** DIE LINKE: Verlust der Arbeiterklasse? Die Freiheitsliebe, unveröffentlichtes Manuskript.
- Engels, Friedrich (1845):** Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen, in: MEW, Bd. 2, Berlin, S. 225–506.
- Eversberg, Dennis (2019):** Who can challenge the imperial mode of living? The terrain of struggles for social-ecological transformation in the German population, in: The European Journal of Social Science Research 1/2019, S. 1–24.

Foundational Economy Collective/Streeck, Wolfgang (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin.

Fraser, Nancy/Bhattacharya, Tithi/Arruzza, Cinzia (2019): Feminism for the 99%, New York.

Gruppe ZAK Tübingen (2013): Ein Grundrecht auf Mobilität. Ein Nulltarif im Nahverkehr als Teil der sozialen Infrastruktur, in: AG Links-Netz (Hrsg.): Sozialpolitik anders gedacht: Soziale Infrastruktur, Hamburg, S. 144–160.

Hoff, Benjamin-Immanuel (2022a): Verbindende Linkspartei, unveröffentlichtes Manuskript.

Hoff, Benjamin-Immanuel (2022b): «Steh auf, wenn du am Boden liegst.», in: LuXemburg Online, April 2022, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/steh-auf-wenn-du-am-boden-liegst>.

Institut für Gesellschaftsanalyse (2020): Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik?, in: LuXemburg Online, April 2020, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/ein-gelegenheitsfenster-fuer-linke-politik-wie-weiter-in-und-nach-der-corona-krise/>.

Kahrs, Horst (2021): Überlegungen zur «AG Wahlauswertung» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, unveröffentlichtes Manuskript.

Kahrs, Horst (2022): Altersgruppen, Geburtsjahrgänge und Wahlentscheidungen, unveröffentlichtes Manuskript.

Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.

Klein, Dieter (2014): Doppelte Transformation, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 101–125.

Klein, Dieter (2018): Doppelte Transformation. Eine Konsultation Ernst Blochs, Online-Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38933/doppelte-transformation.

Labour Party (2019): Manifesto 2019, unter: <https://labour.org.uk/manifesto-2019/>.

Landesvorsitzende der vier regierungsbeteiligten Landesverbände der LINKEN (2022): Lasst uns einfach gute Politik machen. Stellungnahme zur Lage in der Partei, 12.5.2022, unter: www.links-bewegt.de/de/article/550.lasst-uns-einfach-gute-politik-machen.html.

Lehndorff, Steffen (2022): Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie. Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt. Ein Überblick über die Studien des Projekts «Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_10_Synthese_final.pdf.

Luxemburg, Rosa (1979): Karl Marx (1903), in: Gesammelte Werke, Bd. 1.2, Berlin, S. 369–377.

Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémié (2018): Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahr 2017, hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE (2022a): Leitantrag 03: Keine Aufrüstung, kein Krieg, Berlin.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE (2022b): Leitantrag 01: Gemeinwohl statt Profit, Berlin.

- Parteivorstand der Partei DIE LINKE (2022c):** Erste Ergebnisse aus der Mitgliederbefragung. Partei DIE LINKE, Berlin.
- Redaktion prager frühling (2009):** Ein Beitrag gegen die Krise. Plädoyer der Redaktion für Infrastruktursozialismus, in: prager frühling 4/2009, unter: www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/302.ein-beitrag-gegen-die-krise.html.
- Reiðig, Rolf (2006):** Regierungsbeteiligung – ein konfliktreiches Projekt. Das Beispiel Berlin. Vortrag auf der Konferenz «Perspektiven für Berlin» (1.7.2006), unter: www.rosalux.de/publikation/id/1686.
- Riexinger, Bernd (2015):** Wege zum Infrastruktursozialismus, in: LuXemburg Online, Dezember 2015, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wege-zum-infrastruktursozialismus>.
- Riexinger, Bernd (2020):** System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können, Hamburg.
- Sander, Hendrik (2021):** Ein grüner Kapitalismus als neues hegemoniales Projekt? Sozial-ökologische Hegemonieprojekte in Deutschland, unveröffentlichtes Manuskript.
- statista (2021):** Stimmenanteile der LINKEN bei den Bundestagswahlen bis 2021, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/368864/umfrage/stimmenanteile-der-linken-bei-den-bundestagswahlen/>.
- Vester, Michael (2019):** Von Marx bis Bourdieu. Klassentheorie als Theorie der Praxis, in: Vester, Michael/Kadritzke, Ulf/Graf, Jakob (Hrsg.): Klassen – Fraktionen – Milieus. Beiträge zur Klassenanalyse 1, Manuskripte Neue Folge 22, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 9–67, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_22.pdf.
- Wagenknecht, Sahra (2019):** Heimweh nach der Zukunft, in: Förster, Bärbel (Hrsg.): Ohne Gedächtnis keine Zukunft. Oder: Archive brauchen Gegenwart, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 32–35, unter: www.rosalux.de/publikation/id/41364/.
- Warnke, Moritz (2021):** Wahlauswertung zur Bundestags-, Landtags- und BVV-Wahl 2021 für den Bezirk Treptow-Köpenick, unveröffentlichtes Manuskript.
- Winker, Gabriele (2021):** Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima, Bielefeld.
- Wolf, Harald (2015):** Rot-Rot in Berlin: 2002 bis 2011: Eine (selbst-)kritische Bilanz, Hamburg.
- Wolf, Harald (2021):** Strategische Neuorientierung und ein neuer Grundkonsens. Die Probleme der LINKEN sind struktureller Natur, in: Sozialismus 12/2021, S. 2–5.
- Wolf, Harald/Zelik, Raul (2022):** Wir brauchen einen neuen linken Grundkonsens. Acht Vorschläge zur inhaltlichen Verständigung in der LINKEN, 11.4.2022, unter: www.links-bewegt.de/de/article/531.wir-brauchen-einen-neuen-linken-grundkonsens.html.
- Zeitschrift LuXemburg 1/2011:** «Gerechte Übergänge», unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/ausgaben/gerechte-uebergange/>.
- Zelik, Raul (2020):** Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus, Berlin.
- Zeller, Christian (2020):** Revolution für das Klima: Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen, München.

ANLAGE: HEGEMONIEPROJEKTE IM FELD DER SOZIALÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION*

Eigenschaften	reaktionäres Projekt	fossilistisch-konservatives Projekt	sozialdefensives Projekt	grünkapitalistisches Projekt	sozialökologisches Projekt
Ziele	weiße/patriachale materielle Privilegien verteidigen und jedwede sozialökologische Transformation verhindern	traditionelle von einer sozialökologischen Transformation bedrohte Industrien und imperiale Lebensweisen verteidigen und ein fossilistisch-ressourcenintensives Wirtschaftsmodell langfristig sichern	soziale Sicherheiten und prekäre ökonomische Lebensbedingungen gegen Zumutungen verteidigen (neoliberale Angriffe, aber auch ökologische Politiken)	ökologische/Klimakrise bearbeiten und kapitalistische Gesellschaft erneuern/neue Produktions- und Lebensweise schaffen; Varianten: gebremste ökologische Modernisierung/Green Economy/Green New Deal	«System Change»: Demokratisierung von Wirtschaft und Staat, Degrowth, soziale Sicherheit, Reproduktionsökonomie etc.
politische Projekte und Strategien	Kampf gegen Klimapolitiken und Verteidigung einer aggressiven imperialen Lebensweise (für Verbrennungsmotoren, gegen erneuerbare Energien und pro Kohle bzw. Atom, gegen Agrarwende und pro Fleisch)	auf einer privilegierten gesellschaftlichen Position basierende, nicht-nachhaltige Konsummuster und Geschäftspraktiken gegen Klimapolitiken verteidigen (hochmotorisierte Verbrennungsautos, konventionelle Landwirtschaft und Fleischindustrie, Kohleindustrie, klassische Industrien)	Kampf gegen Einschränkungen für das Auto/energetische Modernisierungen/Auflagen für Landwirt*innen/gegen Verteuerung von Lebensmitteln/ Reformpolitiken in traditionellen Branchen mit prekärer Beschäftigung, aber auch Kämpfe mit Offenheit für Transformation (ÖPNV, Handwerk etc.)	Energiewende und Kohleausstieg, Verkehrs- und Agrarwende, Umbau der Industrie, Querschnittsprojekte: Elektrifizierung, Wasserstoffwirtschaft, Bioökonomie, Digitalisierung, grüne Industriepolitik	Energiedemokratie, Mobilitätswende, Umstieg auf einen solidarischen Umweltverbund und Konversion der Autoindustrie, kleinbäuerliche und solidarische Landwirtschaft, Vergesellschaftung zentraler Infrastrukturen, gerechter Umbau und Demokratisierung der Industrien
tragende Akteure und Parteien	Akteure der heterogenen politischen Rechten, insbesondere die AFD, z. T. Anti-Wind-Initiativen und rechte bäuerliche Gruppen	Teile von Union und FDP, Wirtschaftsverbände (Bauernverband)	LINKE, mit Einschränkungen SPD, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und soziale Initiativen	vor allem Grüne, mit Einschränkungen Teile von SPD, FDP, Union, wesentliche zivilgesellschaftliche Akteure: Umweltverbände, Forschungsinstitute, Thinktanks und Wirtschaftsverbände	Teile der LINKEN, Klima- und andere Bewegungen, linke Gruppen, Basisinitiativen, Teile der Gewerkschaften

Eigenschaften	reaktionäres Projekt	fossilistisch-konservatives Projekt	sozialdefensives Projekt	grünkapitalistisches Projekt	sozialökologisches Projekt
soziale Basis (lohnabhängige und herrschende Klassen)	<p>Gruppen des «autoritären Lagers» (Eversberg): mehrheitlich mittelalte bis ältere Männer mit niedrigen Berufsabschlüssen und niedrigen bis mittleren Einkommen, gehäuft in ländlichen Räumen und im Osten, teils prekäre, teils aber auch gesichert kleinbürgerliche Gruppen, nach rechts gewendete Gruppen in bedrohten Branchen und Regionen, ggf. ein Teil der mittelständischen bzw. Familienunternehmen</p>	<p>«anti-transformatorische» und egoistische Cluster (Eversberg): mehrheitlich männliche, junge bis mittelalte Menschen mit hohen Bildungsabschlüssen, hoch qualifizierten Tätigkeiten und hohem Einkommen, privilegierte Beschäftigtengruppen in bedrohten Industrien aus den Leitbranchen sowie wohlhabende Landwirt*innen, bedrohte nicht-oligopolistische Unternehmen und Großunternehmen (EPH, Tönnies etc.)</p>	<p>«prekäre» Cluster (Eversberg) und traditionelle arbeitnehmerische Mitte: teils niedrige formale Bildung, einfache Tätigkeiten und niedrige Einkommen, teils auch relativ gesicherte ökonomische Verhältnisse, ggf. prekäre Kleinbetriebe und Selbstständige</p>	<p>«zufriedene» Cluster der gemäßigt-progressiven Mitte und ökosoziale Cluster (Eversberg): einerseits gut abgesicherte Gruppen der gesellschaftlichen Mitte mit höheren Einkommen und beruflichen Funktionen, andererseits mehrheitlich weibliche und teils höher gebildete Menschen aus mittleren und größeren Städten, wesentliche Teile der Bourgeoisie, einschließlich der großen Konzerne und Leitbranchen, Rest der grünen Kapitalgruppen</p>	<p>«öko-soziales Lager» (Eversberg): mehrheitlich junge, weibliche und höher gebildete Menschen, die neue Dienstleistungstätigkeiten ausüben, eher aus Städten und aus Westdeutschland, Erweiterungspotenziale in Richtung der prekärveränderungsoffenen Gruppen sowie der aufgeschlossenen Mitte, ggf. öffentliche Betriebe, Genossenschaften oder andere Kollektivbetriebe</p>
Verhältnis zu anderen Hegemonieprojekten	<p>populäres Projekt, Überschneidungen zum fossilistisch-konservativen Projekt, Werben um Teile des sozialdefensiven Projekts</p>	<p>Eliteprojekt mit sozialer Basis in Teilen der populären Klassen, fließende Übergänge zum reaktionären Projekt, andererseits teils Offenheit für gebremsten grünen Kapitalismus, paternalistisches Verhältnis zum sozialdefensiven Projekt</p>	<p>populäres Projekt, Offenheit gegenüber bzw. Überschneidungen mit anderen Projekten, bietet sich als Bündnispartner für andere Projekte an</p>	<p>Eliteprojekt mit sozialer Basis in Teilen der populären Klassen, muss für Hegemonie Unterstützung von weiteren Milieus bzw. Hegemonieprojekten gewinnen (fossilistisch-konservatives, sozialdefensives und sozialökologisches Projekt)</p>	<p>populäres Projekt, strategische Anknüpfungspunkte in Richtung des sozialdefensiven und des grünkapitalistischen Projekts</p>

* Darstellung angelehnt an Sander 2021

